

IWRZ

Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
3/2023 | Seiten 97–144

Werner Müller

Rechtswidrig handelnde Klimaaktivisten

Editorial



Wie sollen wir mit Klimademonstranten umgehen, die sich rechtswidrig verhalten?

Gewisse Extrempositionen sind schlicht indiskutabel. Das gilt zum Beispiel für den Satz aus einer Pressemitteilung der Klimaaktivisten von Lützerath: "Mittelfristig müssen wir die Polizei als Organ abschaffen."

Das Gewaltmonopol des Staates steht außer Zweifel, und dieses Gewaltmonopol ist ohne Polizei nicht denkbar.

Wenn Klimaaktivisten selbst zur Gewalt greifen, dann missachten sie das Gewaltmonopol des Staates und verstoßen in aller Regel gegen strafrechtliche Vorschriften. Trotzdem ist es nicht richtig, wenn solche Klimademonstranten als "Kriminelle" bezeichnet werden. Nach meinem und wohl auch nach allgemeinem Sprachverständnis ist nicht jeder, der gegen eine Strafbestimmung verstößt, ein "Krimineller". Dieses Wort wird für Straftäter benutzt, die wiederholt und in einer dem Gemeinwohl feindlichen Weise straffällig werden. Klimademonstranten passen nicht in dieses Bild.

An dieser Stelle darf ich vielleicht auf meine eigene Geschichte zurückblicken. Im Herbst 1968 war ich Teilnehmer einer Demonstration vor dem Schloss in Erlangen. Dort tagte die Philosophische Fakultät. Wir wollten mehr Teilhabe der Studenten an der Universitätsverwaltung. Ein Demonstrant schlug ein Fenster ein. Zahlreiche Demonstranten – auch ich – kletterten durch dieses Fenster. Die Fakultätssitzung wurde unterbrochen. Ich wurde – wie andere – wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt. Bevor es zur Hauptverhandlung kam, wurde im Jahr 1970 eine allgemeine Amnestie für diese Art der studentischen Demonstrationen beschlossen (BGBl 1970 I, 509). Die deutsche Gesellschaft wollte nicht, dass eine Großzahl junger, politisch engagierter Menschen wegen solcher Taten vorbestraft wäre.

Niemand hat mich jemals als "Kriminellen" bezeichnet. Im Hinblick auf die geschilderte Anklage wurde mir die Verfassungstreue sogar von den beiden Bundestagsabgeordneten aus mei-

nem Wahlkreis bestätigt; einer davon war der spätere Richter am Bundesverfassungsgericht Martin Hirsch.

Kann mein Fall mit dem der Klimademonstranten verglichen werden? Deren Gewaltaktionen sind – jedenfalls zum Teil – durchaus heftiger als das eingeschlagene Fenster und das eigenmächtige Klettern in das abgeschlossene Verwaltungsgebäude. Aber auf der anderen Seite wiegt das Anliegen der Klimademonstranten weitaus schwerer für unsere gemeinsame Zukunft als mein Demonstrationsziel. Heute geht es darum, die Lebensqualität, in manchen Bereichen wohl sogar die Lebensmöglichkeit auf der Erde zu erhalten. Da kann ich nachvollziehen, dass sich junge Menschen heftiger und auch widerständiger engagieren, als ich es damals für die studentische Mitbestimmung getan habe.

Die Zerstörung gewachsener Dörfer im Interesse des Braunkohleabbaus ist – vor allem aus der Sicht der Klimaaktivisten – schwer oder gar nicht zu rechtfertigen. Ich bin in einem kleinen Dorf aufgewachsen. Als mir später klar wurde, dass Dörfer wie das meine für die Braunkohle platt gemacht wurden, war ich entsetzt. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland die Braunkohle zum Überleben brauchte, kann man die Zerstörung von Dörfern vielleicht noch rechtfertigen. Aber in den 60er Jahren wäre Deutschland schon in der Lage gewesen, die notwendige Energie anderweitig zu beschaffen. Höhere Kosten und die Erhaltung von Arbeitsplätzen rechtfertigen es nicht, die gewachsene Lebensgrundlage anderer Menschen zu zerstören, auch wenn die Gerichte dies gebilligt haben. Doch heute kommt das Argument der Klimaschädlichkeit hinzu. Nach allem, was ich gelesen habe, ist die Braunkohle extrem klimaschädlich und trägt in besonderem Maß zur Gefährdung der Erde als Lebensgrundlage bei.

Nun wird immer wieder das Argument benutzt, dass gewisse Planungsentscheidungen als Grundlage für weiteres Handeln akzeptiert werden müssen. Diesem Argument stimme ich zu. In unserer indirekten Demokratie müssen politische Entscheidungen von den dafür zuständigen Organen getroffen werden. Aber das heißt noch lange nicht, dass diese Entscheidungen auch gut wären. In der parlamentarischen Demokratie wird eine Mehr-

heit gesucht, und die will wiedergewählt werden. Das ist oft keine optimale Grundlage für langfristig gute Entscheidungen.

An dieser Stelle erscheint es mir hilfreich, wenn wir uns Platons Vorstellung von einem Idealstaat vor Augen führen. Ich zitiere aus einem Informationsblatt des Klett-Verlags zur Philosophie Platons: "Der herrschende Stand hatte für die Weisheit zu sorgen. Weil nur die Weisen Sorge um die richtige Lebensweise der Bürger tragen können, müssen an der Spitze des Staates Philosophen (Lehrstand) stehen. Platon sprach von der Weisheit der Philosophenkönige." Ich bin weit davon entfernt, Platons Idealstaat für die reale Welt vorzuschlagen. Aber bei der Frage nach einer guten oder richtigen Entscheidung dienen mir seine Gedanken immer wieder als Orientierungshilfe. Wie würde der weise Philosophenkönig entscheiden? Der muss keine Mehrheit suchen. Der muss nicht an eine Wiederwahl denken. Für den gibt es nicht die zwanghafte Vorgabe eines möglichst großen Wirtschaftswachstums.

Im Hinblick auf die Anliegen der Klimaaktivisten gibt es für mich keine Frage. Der weise Philosophenkönig hätte den Abbau der

Braunkohle längst beendet. Wahrscheinlich hätte er den Menschen frühzeitig gewisse Grenzen gesetzt und Pflichten auferlegt, und er hätte sicher nicht die Marschroute vorgegeben: Macht Euch die Erde untertan! Ich will jetzt nicht so tun, als wüsste ich, wie der Klimakatastrophe am besten begegnet werden kann. Aber mir scheint klar, dass die Klimademonstranten der Linie des weisen Philosophenkönigs näher stehen als der Vorstand von RWE und unser Bundeswirtschaftsminister.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass es strafbare Handlungen auf Seiten der Klimademonstranten gegeben hat. Es ist aber verfehlt, sie als "Kriminelle" zu bezeichnen, und vielleicht kommen wir – ähnlich wie 1970 – wieder in eine Situation, in der Gesellschaft und Staat über eine Amnestie nachdenken.

Ihr

Werner Müller